

Inserate

(1/4 Gr. für die fünfgepatene Zeile oder deren Raum: Reklamen verhältnißmäßig höher sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 4. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Seconde-Lieutenant im 2. Schlesischen Infanterie-Regiment Nr. 6 Wilhelm Viktor Drwid Benno Müller unter dem Namen Müller von Schönau in den Adelstand zu erheben; dem Kreisgerichts-Sekretär Eowenthal zu Ziefar bei seiner Verlegung in den Ruhestand den Charakter als Ranzlei-Rath; ferner dem Hutmachermeister Heinrich Adolph Pusch hier selbst das Prädikat eines königlichen Hof-Lieferanten; sowie dem Fabrikanten musikalischer Instrumente Johann Karl Albert Moriz hier selbst das Prädikat eines königlichen Hof-Instrumentenmachers; und dem Herzogl. Hof-Büchsenmacher Rudolph Berger zu Rötben das Prädikat eines königlichen Hof-Büchsenmachers zu verleihen; endlich dem bei der Direktion der Gewehrfabrik zu Spandau zur Dienstleistung kommandirten Premier-Lieutenant Scheitz vom 4. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 21, die Erlaubnis zur Anlegung der von des Fürsten zur Lippe Durchlaucht ihm verliehenen Militär-Verdienst-Medaille zu ertheilen.

Das 7. Stück der Gesesammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5499 das Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lauten der Obligationen der Stadt Barmen im Betrage von 400,000 Thlrn. Vom 27. Januar 1862; und unter Nr. 5500 den Allerhöchsten Erlaß vom 24. Februar 1862, betreffend die in Gemäßheit des Gesetzes vom 22. Mai 1861 zum Bau der Altenbeken-Holzmindeener Eisenbahn aufzunehmende Staats-Anleihe von 4,800,000 Thlr.

Berlin, den 3. März 1862.

Debitokomptoir der Gesesammlung.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, Montag 3. März, Nachmittags. Das heutige "Dresdner Journal" meldet in einer Korrespondenz aus Wien als positio, daß die Einigung der beiden deutschen Großmächte in der kurhessischen Angelegenheit seit vorgestern eine vollendete Thatsache sei. Destrreich habe die letzten Vorschläge Preußens angenommen; der Antrag beider werde wahrscheinlich in der nächsten Sitzung des Bundestages eingebracht werden.

(Eingeg. 4. März 9 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 3. März. [Neuer Feldzug der großdeutschen Diplomatie; die Ministerkrisis in Turin; die Kronprinzessin.] Die großdeutsche Koalition hat ihren zweiten diplomatischen Feldzug gegen Preußen eröffnet. Zunächst sind die Roten Hannover's und Destrreich's hier eingetroffen, und die Kundgebungen der anderen Teilnehmer von der Firma Destrreich-Würzburg werden wohl noch im Laufe dieser Woche nachfolgen. Wie ich schon früher meldete, sind die großdeutschen Verbündeten dahin übereingekommen, von einer gleichlautenden Fassung Abstand zu nehmen, doch werden sie nur Variationen über dasselbe Thema liefern. Ihr Hauptzweck scheint nach den Mittheilungen, die ich über den Inhalt der hier eingetroffenen Schriftstücke erhalten habe, darin zu bestehen, daß nochmals gegen die Anwendbarkeit des Artikels 11 der Bundesakte auf die Begründung eines engeren Bundesstaates im deutschen Staatenbunde Verwahrung eingelegt, zugleich aber der Wunsch betont werde, mit Preußen zu einer Verständigung über Bundesreformen zu gelangen. Von einer näheren Entwicklung des großdeutschen Reformgedankens ist bis jetzt Nichts bekannt geworden, und es ist auch undenkbar, daß die von wesentlich abweichenden Interessen beeinflussten Staatsmänner, welche zum leitenden Ausschusse der Koalition gehören, so schnell zur Uebereinstimmung über die Einzelheiten eines Reformplanes kommen sollten. Natürlich wird es ihnen um so leichter, den Ernst ihres reformatorischen Eifers zu behaupten, da sie wissen, daß ihre Vorschläge wegen der mangelnden Zustimmung Preußens nur Luftgebilde bleiben werden.

Die Ministerkrisis in Turin versetzt die diplomatischen Kreise in große Aufregung, und besonders deshalb, weil man über die Bedeutung des Ereignisses im Unklaren ist. In letzter Instanz scheint Ricasoli durch Zerwürfnisse mit dem König Victor Emanuel seine Stellung unhaltbar gemacht zu haben. Man darf aber nicht vergessen, daß von Paris aus schon seit längerer Zeit auf den Sturz Ricasoli's hingearbeitet und Nataszi als dessen Nachfolger empfohlen worden ist. Sollte der letztgenannte Staatsmann das Ruder in die Hand bekommen, so wäre für den französischen Einfluß auf die italienische Politik ein sehr willkürliches Werkzeug gewonnen. Zunächst würde wohl die Partei, welche von Unternehmungen auf Rom und Venetien einstweilen abräth, die Oberhand gewinnen, da auch Frankreich für jetzt die Erhaltung des Friedens wünscht. Die Nachrichten aus England über das Befinden der Kronprinzessin lauten sehr befriedigend. Auch auf das Befinden und den Gemüthszustand der Königin Victoria soll die Nähe der geliebten Tochter einen günstigen Einfluß geübt haben. Nach den vorläufigen Anordnungen wird die Rückkehr der Prinzessin gegen Ende des laufenden Monats erwartet.

[Berlin, 3. März. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Im Laufe des heutigen Vormittags nahm der König die Vorträge der Geheimräthe Maize und Costenoble und des Generaladjutanten v. Mantuffel entgegen und empfing darauf mehrere hochgestellte Personen. Um 2 Uhr konserirte der König mit dem Minister Grafen Schwerin, machte alsdann mit seiner Gemahlin eine Ausfahrt und kehrte um 4 Uhr durch das Halle'sche Thor zur Stadt zurück. Am 7 Uhr Abends besuchte die Königin den evangelischen Verein und hörte dort mit dem Prinzen Alexander den vom Generalsuperintendenten Dr. Hoffmann über Oliver Cromwell gehaltenen Vortrag. Die hohe Frau wurde bei ihrer Ankunft von den

Vorstandsmitgliedern empfangen und auch am Schluß des Vortrages vom Wagen geleitet. — Unser Hof hat durch den Tod der Prinzessin Sidonie von Sachsen aufs Neue Trauer. Die Königin-Wittve, Tante der Verstorbenen, ist durch diese Trauerkunde wieder tief gebeugt worden, zumal sie für diese Mächte eine besondere Vorliebe hatte. Wie es heißt, hat die hohe Frau die Absicht zu erkennen gegeben, sich in kurzer Zeit von Charlottenburg nach Dresden zu begeben und einige Wochen am sächsischen Hof zum Besuch zu verweilen. Auch aus Schwerin ist unserm Hofe die Trauernachricht zugegangen, daß die Großherzogin Auguste im Sterben liegt. Seit gestern sind die nächsten Verwandten des großherzoglichen Hofes in Schwerin versammelt, da die Aerzte das Ableben der hohen Frau als nahe bevorstehend erklärt haben. Wie verlautet, soll wegen dieser Trauernachrichten der Hofball morgen im Schlosse unterbleiben und nur ein Konzert stattfinden; doch hörte ich heute bei der Ankunft der Königin im evangelischen Verein, daß auch dies Konzert schon in Frage gestellt ist. (Eine Bekanntmachung des königl. Hofmarschallamtes im "Staatsanzeiger" meldet bereits das Ableben S. K. G. der Großherzogin Auguste von Mecklenburg-Schwerin, in Folge dessen das auf den 4. d. angelegte Hoffest unterbleibt. Die Verstorbene war eine Prinzessin von Neuch-Schleiz-Röstitz, geb. d. 26. Mai 1822 und seit d. 3. Nov. 1849 vermählt.) — Man spricht hier von einem Besuche, den der König in einigen Wochen in London zu machen beabsichtigt. Ein anderes Gerücht läßt den Grafen Bernstorff als Gesandten nach Paris gehen und bezeichnet als neuen Minister des Auswärtigen den Bundesstagsgesandten v. Uedom. — Die am Sonnabend abgelaufenen Verhandlungen wurden heute Vormittags 11 Uhr in einer neuen Miniftersitzung fortgesetzt. Der Kronprinz und auch der General-Postdirektor Phillipsborn wohnten der Konferenz wieder bei, die erst um 3 Uhr beendigt war. — Schon in den nächsten Tagen wird der König einem Kabinettskonseil präsidieren. — Der Regierungspräsident v. Schleinig hat sich auf einige Tage nach Bromberg begeben. — In etwa 14 Tagen findet hier die Studentenschaft in der Universität zur Wahl des Festkomite's und des Lokals.

[Entscheidungen.] Die neueste Nummer des "Justiz-Ministerialblattes" enthält einen Plenarbeschluß des Obertribunals vom 6. v. M., wonach in Prozessen, welche die Ablösung des Natural-Fruchtzehnten einer Pfarre betreffen, die dritte Instanz zulässig ist; ferner ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, wonach Streitigkeiten über die Mitgliedschaft an einer innerhalb einer Gemeinde bestehenden Schäfereigesellschaft, sowie Entschädigungsansprüche, welche darauf begründet werden, im Rechtswege zu entscheiden sind.

[Versicherungswesen.] Nach dem Allerhöchsten Erlasse vom 2. Juli 1859 sollen in Betreff der Versicherung von Immobilien die fortan zu konzeffionirenden oder zum Geschäftsbetriebe zugulassenden Feuer-Versicherungsgesellschaften und die von diesen oder den bereits konzeffionirten, beziehungsweise bereits zugelassenen Gesellschaften neu zu errichtende Agenturen bis auf weitere Anordnung der Beschränkung unterliegen, daß sie nur solche Immobilien versichern dürfen, deren Aufnahme den betreffenden öffentlichen Sozietäten in ihren Reglements unterliegt, oder von dem Ermessen derselben abhängig gemacht ist. Nach dem fernerem Allerhöchsten Erlasse vom 18. September 1860 ist der Zeitpunkt, mit welchem diese Beschränkung der Privat-Feuerversicherungsgesellschaften und deren Agenturen fortzufallen soll, für den Bezirk jeder öffentlichen Feuersozietät von dem Minister des Innern besonders festzusetzen. In Folge davon hat der Letztere nunmehr die nöthigen Bestimmungen erlassen, so daß die Beschränkung des freien Betriebes der Gebäuderversicherung allmählig in Fortfall kommt.

[Zur Schleswig-holsteinischen Angelegenheit.] Der "R. Z." wird von hier geschrieben: Die von den beiden deutschen Großmächten an ihre Vertreter in Kopenhagen in Erwiderung auf die dänische Depesche vom 26. Dez. v. J. gerichteten Erlasse sind, wie schon in früheren Fällen, identisch. Es wird zunächst darin die dänische Behauptung widerlegt, als könnten die Verhandlungen nur auf ein Provisorium Bezug haben. Die deutschen Mächte erklären vielmehr, daß die Bedingungen für ein Provisorium durch Bundesbeschlüsse festgestellt seien, über welche sie keine weitere Verhandlung zulassen könnten. Es wäre eine solche nur in dem Falle möglich gewesen, wenn etwa Dänemark sich entschlossen hätte, den Reichsrath aufzulösen. Alsdann hätte man über die Propositionen vom 25. Okt. unterhandeln können. Jetzt bliebe nur übrig, die Verhandlungen auf ein Definitivum zu richten. Die nöthige Zeit dafür zu gewinnen, stehe ganz allein in der Hand der dänischen Regierung, indem sie die vorläufigen Bedingungen des Bundesbeschlusses erfülle. Den gegen den Deutschen Bund und gegen Preußen und Destrreich insbesondere gerichteten Vorwürfen, daß sie selbst der dänischen Regierung die in der Gesamterfassung von 1855 intendirt gewesene Ausführung der Absichten von 1851/52 unmöglich gemacht hätten, wird eine nur kurze, aber schlagende und entscheidende Abfertigung zu Theil. Der Kern der Depesche ist in der an Dänemark gerichteten Frage enthalten, ob es sich in der That noch an die Verabredungen von 1851/52 gebunden erachte und daraus hervorgehende Verpflichtungen in Betreff zu Schleswig sowohl, wie Holstein überhaupt noch anerkenne? Wenn in der früheren Depesche vom 5. Dez. die königl. dänische Regierung noch aufgefodert werden konnte, sich zu erklären, wie sie diese Verpflichtungen zu erfüllen gedenke, so hat die ausweichende Antwort vom 25. Dez. in Verbindung mit offensivförmigen Thatsachen die beiden deutschen Großmächte genöthigt, nunmehr die peremptorische Frage nach dem Ob der Erfüllung der Verpflichtung zu stellen. Es ist endlich Zeit, daß Dänemark Europa gegenüber entweder seine Verpflichtungen anerkenne oder seinen

Betragsbruch offen eingestehe. Beide Depeschen tragen das Datum vom 8. Febr., sind aber, dem Vernehmen nach, erst am 21. Febr. übergeben. Diese Verzögerung scheint durch das Bedenken entstanden zu sein, ob nicht das inzwischen näher bekannt gewordene Vorgehen der dänischen Regierung im Reichsrath jede weitere Verhandlung, jede ausführlichere Antwort Dänemarks in Worten überflüssig mache. Die deutschen Mächte aber haben der dänischen Regierung noch einmal die Gelegenheit zur Besinnung geben wollen. Auch den gegenwärtig im Reichsrath vorgenommenen Veränderungen kann noch kein provisorischer Charakter beigelegt werden. Die Depeschen vom 8. Febr. beschränken sich daher auf die Beantwortung der dänischen Depesche vom 26. Dez. Daneben aber ist, wie wir mit Bestimmtheit erfahren, ein vom 14. Februar datirter ausführlicher und scharf formulirter Protest gegen das Vorgehen der dänischen Regierung im Reichsrath übergeben worden, in welchem darauf hingewiesen wird, daß durch legislative und konstitutive Akte die völkerrechtlichen Verpflichtungen, auf welchen die Stellung Schleswigs beruht, nicht alterirt werden können, diese Akte vielmehr diesen Verpflichtungen gegenüber als null und nichtig erscheinen.

Breslau, 3. März. [Konflikt.] Bei dem am Montage im hiesigen Theatergebäude ausgebrochenen Feuer hat ein bedauerlicher Vorfal zwischen dem hiesigen stud. phil. Brandt und dem Hauptmann der 2. Kompagnie des 3. Garde-Grenadier-Regiments, Grafen Bredow, stattgefunden, in Folge dessen die hiesige Studentenschaft eine Adresse an den Senat der Universität erlassen hat, die im Namen der Studirenden aller Fakultäten und Korps und Verbindungen unterzeichnet ist. Die Adresse erzählt das Faktum in folgender Weise: "Ich (Stud. Brandt) stand in der ersten Reihe des anwesenden Publikums. Als dasselbe dem die Feuerreserve kommandirenden Hauptmann, Grafen Bredow, nicht schnell genug zurückzuweichen schien, sagte er mich, wie wohl ich mir nicht der mindesten Schuld bewußt war, an der Brust, zog mich in den abgeperrten Kreis hinein und übergab mich einem Soldaten mit den Worten: "Sperrten Sie den Kerl ein, ich werde es schon verantworten." Ich erbot mich hierauf, um mich zu legitimiren und dadurch vor der Verhaftung zu schügen, ihm meine Karte abzugeben. "Stehen Sie den Kerl nieder, wenn er nicht bald kommt", war die Antwort. Ich wurde nach dem Polizeigefängnisse geführt, wo ich nach Abgabe meiner Erkennungskarte entlassen wurde." Studiosus Brandt hat diese Ausagen auf Ehrenwort gemacht und sind dieselben durch Zeugen unterstüzt. Am Schlusse stellt die Adresse den Antrag an den Senat, er wolle die Rechte der Studentenschaft energig vertheidigen und ihr Genugthuung verschaffen.

[Der Fürstbischöf von Breslau gegen die Presse.] Der Fürstbischöf von Breslau hat zur Fastenzeit einen Hirtenbrief erlassen, der sich auch mit der Presse beschäftigt. Die schlechte Presse richte ihre Waffen zunächst gegen das Christenthum und gegen die Kirche, so daß die blutigen Verfolgungen in den ersten 3 Jahrhunderten des Christenthums nicht so gefährlich waren, wie die unausgesetzten Angriffe, Entstellungen, Kränkungen u. s. w. in der Presse. Ferner bekämpfe die mißbrauchte Presse die Sittlichkeit der Jugend, dann wende sich die verheerende Strömung der schlechten Presse auch gegen die weltliche Ordnung, den christlichen Staat, und die höchste Gewalt im Lande soll dahin gebracht werden, die Macht, die sie zur Wahrung des Rechts und der Ordnung von Gott empfangen hat, nun von ihren Unterthanen zu Ebn zu tragen." Schließlich wird die Frage aufgeworfen: "Sollten sich nicht Vereine gegen die Presse bilden lassen, die noch verheerender wirkt, als die Branntweinpest?"

Destrreich. Wien, 1. März. [Kroatische Marineprojekte.] Einer der eigenthümlichen Hintergedanken der Staatsmänner des "dreieinigten Königreichs" ist der, eine selbständige Marine zu schaffen und dadurch eine gewisse Stellung auf dem Welttheater zu erringen. Sie glauben dann, wenn sie über eine eigene Handelsflotte verfügen können, die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich zu ziehen, und in Folge dessen auch in Wien selbst ein gewichtigeres Wort sprechen zu können. Am nun diesen Plan einer Emanzipation ihrer Marine von dem Einflusse des Gesamtstaates und einer völligen Sonderstellung derselben näher zu rücken, soll die Kompetenz des neuernannten Marineministeriums, welches bekanntlich eben so wie das Finanzministerium, das Handels- und Kriegsministerium ein Gesamtstaatsministerium ist, brach gelegt werden, inwiefern es sich um Angelegenheiten des Territoriums des dreieinigten Königreichs handelt. Das Vorphil hat die Komitatalkongregation von Fiume gegeben, in welcher beschlossen wurde, die Kompetenz der Zentralseebehörde in Triest künftighin im kroatischen Küstengebiet nicht mehr anzuerkennen. In Dalmatien verlangt die slovakische Partei ebenfalls die Beseitigung der Zentralseebehörde und die Einrichtung besonderer dalmatinischer Seegerichte. Der Abg. Eubissa hat bereits diese Forderungen dem Reichsrathe gegenüber formulirt. Freilich war das vorläufig noch ein Streich ins Wasser, da Dalmatien den "Schwesterreichen" Kroaten und Slavonien noch nicht untergeordnet ist. Ein eigener Gerichtsstand mit eigenen Gesetzen unter der kroatisch-slavonischen Hofkanzlei würde nach und nach diesen Theil der österreichischen Marine völlig auscheiden und ihr ein national-slavisches Gepräge ausdrücken. Diese Auscheidung hätte dann zur Folge, daß der andere Theil der Marine nach der vorwiegenden Rationalität der Theilhabenden einen italienischen Charakter annehmen und der gesamtstaatliche Typus, welcher unserer bedeutenden Handelsflotte gegenwärtig noch innewohnt, völlig zerstört werden würde. Daß dies von den nachtheiligsten Folgen für unsere Kriegsmarine sein und unsere kommerziellen Beziehungen zur Levante, welche bekanntlich gegenwärtig

ziemlich großartig sind, dadurch in unliebsamer Weise gestört werden, liegt auf der flachen Hand. (Fr. 3.)

Triefel, 28. Febr. [Der Herzog von Koburg-Gotha] sammt Gemahlin haben sich heute auf dem Lloydampfer „Erzherzogin Charlotte“ nach Alexandrien eingeschifft.

Bayern. München, 2. März. [Die Prinzen Ludwig und Leopold] sind von der unterbrochenen Reise nach Griechenland heute Mittags wieder hier eingetroffen.

Hessen. Kassel, 2. März. [Berichtigung.] Der „H. M. Z.“ geht die offizielle Mittheilung zu, daß die in einem Artikel des „Frankfurter Journals“ enthaltene Angabe, wonach die Regierung die Genehmigung zur Einrichtung ambulanter Posten versagt habe, unrichtig sei, vielmehr würde diese Einrichtung zunächst bei den Sitzungen der Main-Weisbahn am 16. d. ins Leben treten.

Großbritannien und Irland.

London, 28. Febr. [Die amtlichen Handelsausweise des Jahres 1861] liegen jetzt vor, und es ergibt sich aus denselben, daß der Werth der englischen Ausfuhr im Jahre 1861 um 8 Prozent im Vergleich mit dem unmittelbar vorgehenden Jahre abgenommen hatte (was die „Times“ insofern ein befriedigendes Resultat nennt, als die Ausfuhr des Jahres 1860 die allergrößte in der englischen Handelsgeschichte gewesen war, und seitdem der amerikanische Krieg mit dem erhöhten Tarife eingetreten ist). Der Ausfall im Export von Baumwollfabrikaten betrug gegen 1860 11 Prozent, aber bloß 3 Prozent verglichen mit 1859. In Baumwollgarnen betrug er 3 Prozent gegen 1860, und bloß 1 1/2 Prozent gegen 1859. Der Ausfall in Eisen war bedeutender, als der in Baumwollfabrikaten und betrug volle 15 Prozent. Es betrug die Gesamtausfuhr des vorigen Jahres 125,115,133 Pfd. St. um 10,674,094 Pfd. St. oder um 8 Prozent weniger als in 1860, und um 5,296,396 Pfd. St. oder um 5 Proz. weniger als in 1859.

[Der internationale Wohlthätigkeitskongress], welcher zuletzt (1857) in Frankfurt verhandelt war, wird sich am 4. Juni in London versammeln, in Verbindung mit der National Association for the Promotion of Social Sciences. Die Sitzungen werden ca. 6 Tage dauern und es werden folgende beide Fragen diskutiert werden: 1) Ist es zulässig, daß dem Staate die Macht gegeben werde, sittlich vernachlässigte Kinder von ihren Eltern zu trennen und sich mit ihrer Erziehung und, wenn nöthig, mit ihrem Unterhalt zu befassen? 2) Ist es zulässig, daß der Besuch der Gemeindeschulen obligatorisch sei und in welcher Form und in welchem Umfang ist diese Verpflichtung aufzustellen? Außerdem werden die Mitglieder aufgefordert, über ihre heimathlichen Verhältnisse, soweit sie sich auf die Zwecke des Kongresses beziehen, dem Kongress Bericht zu erstatten. Endlich wird die Industrieausstellung Gelegenheit geben, die Gegenstände der Fabrikation in Augenschein zu nehmen, welche geeignet sind, das Wohlbefinden der nothleidenden Klassen zu fördern. Die Sitzungen werden in den geräumigen Sälen von Burlington House stattfinden. Der Beitrag der Mitglieder beträgt eine Guinee.

London, 1. März. [Tagesbericht.] Einem dem Parlament vorgelegten Ausweise zufolge beträgt die noch rückständige Schuld Griechenlands an England 847,544 Pfd. St., die rückständige Schuld Sardiniens 1,875,389 Pfd. 18 Sch. 6 P. — Die Eisenfregatte „Warrior“ kostet, laut offiziellen Ausweisen, noch bevor sie zum Auslaufen fertig gemacht worden war, 354,885 Pfd. St. Mit der Artatur und den später nothwendig gewordenen Aenderungen wird der Kostenaufwand nicht viel unter einer halben Million Pfd. betragen. — Das schadhafte Kabel zwischen Suez und der Insel Zabal, eine Strecke von 200 engl. Meilen, ist, wie verlautet, mit bestem Erfolg ausgebessert worden, so daß eine direkte Telegraphenverbindung zwischen der letztgenannten Insel und England demnächst eröffnet werden dürfte. — Konsul Parles, derselbe, der mit Herrn Koch während des letzten chinesischen Krieges in der Gefangenschaft so viel zu erdulden gehabt, befindet sich seit zwei Tagen wieder auf englischem Boden. Von den Behörden in Dover wurde er mit einer schmeichelhaften Adresse empfangen. — Das Garibaldischische hat unter dem Vorsitz des Unterhausmitgliedes P. A. Taylor eine Sitzung gehalten, in welcher eine Petition ans Parlament um Entfernung der französischen Besatzung aus Rom einstimmig angenommen wurde. — In einer Versammlung der Aktionäre des „Great Eastern“ ist beschlossen worden, das Schiff abermals nach Amerika zu schicken, obgleich viele der Anwesenden gemeint waren, er sollte lieber sein Glück auf einer Fahrt nach Indien oder Australien versuchen. — Für den Unterhausitz in Longford tritt Major O'Reilly als Kandidat auf, der die irische Legion im Römischen kommandirt hat. Sein Glaubensbekenntnis spricht Feuer und Flamme gegen die Regierung, gegen deren antikatholische Politik und gegen deren offene Feindseligkeit. Er verspricht seinen Wählern, gegen die kirchenschänderische Politik Piemonts anzukämpfen, für die Gründung einer freien katholischen Universität und für Ausdehnung des Stimmrechts zu wirken. Der Wahlkampf verspricht ein überaus heftiger zu werden. Major O'Reilly, als Vertheidiger des Papstes, hat natürlich den katholischen Klerus für sich, und seine Kandidatur wird ohne Zweifel von allen Kanzeln herab unterstützt werden, wogegen sein Gegenkandidat, Oberst White, wie es heißt, von den einflussreichen und gemäßigten Bürgerklassen unterstützt wird. Man fürchtet blutige Ausritte, und um ihnen vorzubeugen, hat die Regierung Militär und Polizei aufgeboten. Heute ging die Wahl vermittelt der üblichen Händschau vor sich; sie fiel zu Gunsten des Majors O'Reilly aus, doch läßt sich daraus auf die am Dienstage stattfindende Namensabstimmung kein richtiger Schluss ziehen.

[Zur Londoner Industrie-Ausstellung.] Nach der Bekanntmachung vom 17. August v. J. veranstalteten die englischen Ausstellungskommissionarien zwei Kataloge der Aussteller gewerblicher Erzeugnisse: einen sogenannten offiziellen Katalog, welcher auf Kosten der Kommissionarien gedruckt wird, und einen illustrierten Katalog, welcher in der Hauptsache auf Kosten der Aussteller, welche in denselben aufgenommen zu werden wünschen, hergestellt werden soll. Da die Zahl der Worte für jeden Aussteller in dem offiziellen Katalog, für welchen das Material nach London bereits mitgetheilt ist, 16 nicht überschreiten darf, die Aufnahme in den illustrierten Katalog aber mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist, so sind die Regierungen der Zollvereinsstaaten, welche zu einer gemeinschaftlichen Ausstellung sich vereinigt haben, dahin übereingekommen, einen Spezialkatalog der Aussteller des Zollvereins in deutscher und englischer Sprache zu veranstalten, welcher an allen Katalogverkaufsstellen in dem Ausstellungsgebäude selbst verkauft werden wird, und in Format, Druck und Papier dem englischen illustrierten Kataloge gleich sein soll. Dieser Katalog wird aus zwei Abtheilungen bestehen. Die erste, auf Staats-

kosten gedruckt, soll enthalten: a) den Namen und die Firma, den Stand und Wohnort des oder der Aussteller; b) den Ort der Fabrik, wenn derselbe von dem Wohnorte verschieden ist; c) die bei den Ausstellungen zu Berlin, London, München und Paris erhaltenen Anerkennungen; d) Namen und Geschäftsalter des oder der Londoner Agenten; e) die nähere Bezeichnung der zur Ausstellung wirklich eingehenden Gegenstände, jedoch ohne Beschreibung ihrer Vorzüge oder ihrer Fabrikation; f) die Angabe des Preises im Großverkauf, sofern der Aussteller denselben veröffentlicht will, in der Geldwährung und nach dem Maasze oder Gewicht, welche der Aussteller für zweckmäßig hält. Neben dieser Angabe ist die Preisangabe auch nach englischem Maße und Maasze oder Gewicht gestattet; g) eine Reduktions-tabelle der betreffenden Münzen, Maasze und Gewichte auf englisches und französisches Geld, Maasze und Gewicht. Die entsprechenden Beiträge der Aussteller müssen bis zum 8. März bei der Bezirkskommission eingeleistet werden. Später eingehende Mittheilungen werden in den Katalog nicht aufgenommen. Die zweite Abtheilung des Katalogs ist zur Aufnahme von näheren Beschreibungen und Illustrationen der ausgestellten Gegenstände, sowie von Empfehlungen und Preisurtheilen bestimmt, welche die Aussteller auf ihre Kosten veröffentlicht zu haben wünschen. Die Ausdehnung und die Redaction der Mittheilungen bleibt den Ausstellern überlassen. Die Illustrationen müssen denjenigen des englischen illustrierten Katalogs in Art und Güte der Ausführung gleich sein und dürfen das vorgeschriebene Format von 209 Millimeter Höhe und 140 Millimeter Breite nicht überschreiten. Die Ausführung hat die königl. Geheime Ober-Hofbuchdruckerei von M. Decker zu Berlin übernommen und sind alle Bestellungen für die zweite Abtheilung des Katalogs an dieselbe zu richten. Aufträgen, welche nach dem 20. März eingehen, kann die Ausführung für die erste Auflage des Katalogs nicht zugesichert werden. Die Aufnahme erfolgt möglichst in der Reihenfolge der Anmeldungen; in den alphabetischen Namensregistern wird bei den betreffenden Ausstellern auf die Veröffentlichungen in der zweiten Abtheilung verwiesen werden. Für diejenigen Aussteller, welche Zeichnungen der zu illustrierenden Ausstellungsgegenstände mittheilen, werden die Holzschneide nach den vorliegenden Mustern besorgt, und auch Künstler namhaft gemacht, welche die Städte nach der Natur zeichnen. Werden fertige Holzstöcke eingehendet, bei denen zweifelhaft ist, ob sie den englischen Mustern entsprechen, so bleibt die Entscheidung über die Zulassung der Kommission vorbehalten. Die erste Auflage des Katalogs ist auf 5000 deutsche und 5000 englische Exemplare, die ferneren Auflagen sind auf 2500 Exemplare in jeder Sprache bemessen. Den Ausstellern steht es frei, zu bestimmen, ob die Einrückung nur in die deutsche oder nur in die englische, oder ob sie in beide Ausgaben aufgenommen werden soll, und ob sie dieselbe nur in der ersten Auflage von 5000 Exemplaren oder auch in den folgenden und in vielen derselben abgedruckt haben wollen. Für die Aufnahme in die erste Auflage von 5000 Exemplaren sind zu entrichten, wenn die Mittheilung einen Anfang hat von einer ganzen Seite 15 Thlr., drei viertel Seiten 11 Thlr. 20 Gr., einer halben Seite 8 Thlr., 10 Gr., einer viertel Seite 5 Thlr., einer achtel Seite 3 Thlr. Für jede folgende Auflage treten den obigen Sätzen zu: für eine ganze Seite 5 Thlr., für drei viertel Seiten 4 Thlr. 5 Gr., für eine halbe Seite 3 Thlr. 10 Gr., für eine viertel Seite 1 Thlr. 22 1/2 Gr., für eine achtel Seite 1 Thlr. Dieselben Sätze sind für die Illustrationen, resp. den Raum, welchen dieselben einnehmen, zu entrichten; jedoch sind darin die besonders zu berechnenden Kosten für Anfertigung der Zeichnungen und der Holzschneide nicht inbegriffen. Wird die Einrückung in die deutsche und englische Ausgabe des Katalogs gewünscht, so ist für jede derselben der obige Satz zu zahlen.

London, 3. März. [Telegr.] Die „Morning Post“ sagt, daß der Sturz des Ministeriums Ricasoli für die Sache Italiens ein schwerer Schlag sei; es wäre ein großes Unglück, wenn die Resignation Ricasoli's eine Aenderung in der Politik des Königs bezeichnen würde und ein nicht geringeres Unglück, wenn dieselbe ein Resultat von Hofintriguen wäre. Kein Ministerium werde von Dauer sein, wenn es nicht die von Cavour angenommene Politik fortführt. — „Daily News“ sagt: Hoffen wir, daß das neue Ministerium, welches es auch sein möge, sich daran erinnern werde, daß der Nation keine sofortige Vergrößerung einen Erfolg für eine friedliche Unabhängigkeit gewähren würde. — Der Westindien-dampfer ist in Southampton angekommen und bringt Nachrichten aus Hayti vom 11. v. M. Nach denselben ist eine Verschwörung zum Sturz des Präsidenten Gessard entdeckt, und sind die Verschwörer verhaftet und verurtheilt worden. Das Haupt der Verschwörer sollte, falls die Verschwörung gelungen wäre, zum Präsidenten ernannt werden. Der Präsident Gessard hat eine Proclamation erlassen, in welcher die Haltung der Bevölkerung gelobt wird. — In Veracruz haben sich englische Marinesoldaten eingeschifft und dürften von dort aus ihre Richtung ins Innere nehmen.

Frankreich.

Paris, 28. Febr. [Tagesbericht.] Das Ereigniß des Tages ist der Kommissionsbericht des gesetzgebenden Körpers in Sachen der Dotation des Grafen Palifao. Die Börse gerieth darüber in einen panischen Schrecken und erging sich in der für äußeren Eindruck sonst so unempfindlichen Liquidationszeit in den unregelmäßigsten Sprüngen. Man hatte sich übrigens auch im größeren Publikum nicht auf eine so feste und würdige Sprache seitens der Kommission gefaßt gemacht, und es wird der Eindruck dieses Berichtes auf den gesetzgebenden Körper wie auf das Land dadurch noch erhöht, daß die Kommission, welche einen General zum Präsidenten, einen Baron zum Berichterstatter und verschiedene Marquis und Grafen zu Mitgliedern hat, einstimmig die Dotation zurückweist. Der kaiserliche Brief selbst erscheint neben diesem Aktenstücke in noch ungünstigerem Lichte, als vorher. Man bezweifelt jetzt kaum mehr, daß der gesetzgebende Körper der Ansicht der Kommission beitrifft, wenn das Projekt von Seiten der Regierung wirklich zur Abstimmung gebracht wird. — Renan soll gestern in einem Schreiben an den Unterrichtsminister seine Entlassung als Professor des Colledge de France gegeben haben (s. gestr. 3.). Rouland dagegen soll diesen Vorfall dazu benutzen wollen, um ein neues Regulative für die Vorlesungen dieser Anstalt auszuarbeiten. — Chevreau, der in neuerer Zeit vielgenannte Präfekt von Nantes, ist von dem Kaiser nach Paris berufen worden. — Die legitime „Union“ war gerichtlich wegen eines Artikels, der zum Haß und Mißvergnügen gegen die Regierung aufreizte, belangt worden. Laureanti, der Verfasser des bewußten Artikels, und Mac-Sheehy, der Gerant des Blattes, wurden gestern jeder zu zwei Monaten Gefängnis und 2000 Fr. Geldbuße, außerdem der Drucker zu 500 Fr. verurtheilt. Ségur d'Aguesseau und Carochajaquelein, welche im Senat so energisch die gerichtliche Repression gegen die Mißbräuche der Presse angerufen haben, haben also schnell Erfüllung ihrer Wünsche erhalten. — Auf Corfica ist eine solche Masse Schnee gefallen, daß bei Abgang der letzten Nachrichten von Bastia auf mehreren Punkten der Verkehr mit dem Innern unterbrochen war.

[Ernest Renan.] Die Reihe der aufregenden Ereignisse scheint in Frankreich noch lange nicht vorüber zu sein. Noch hatte man sich von den Zwischenfällen im Senate nicht erholt, noch sieht man den Ausgang des Konflikts zwischen dem Kaiser und dem gesetzgebenden Körper in der Dotations-Angelegenheit des Generals Cousin Montauban nicht ab, als die Aushebung des Renan'schen Kursus die Leidenschaften aufs Neue in Bewegung setzte. Das Verhältniß ist eigentümlich und dürfte durch die folgenden Thatsachen noch mehr beleuchtet werden. Professor Renan ist von Haus

aus Theologe, und zwar ein Zögling des großen Pariser Seminariums Saint Sulpice. Er entwickelte hier so außerordentliche Fähigkeiten, daß die Lehrer ihn als eine der zukünftigen Stützen des Katholizismus betrachteten. Bald fing aber die Skepsis an, die Glaubenswelt des jungen Mannes zu zerlegen, und sein durchaus ehrenhafter Charakter bewog ihn deshalb zu einem offenen Geständnisse bei dem Prior des Seminariums. Renan trat aus und stellte sich zu einem Apologas-Examen bei der Universität, welches er so glänzend bestand, daß die Aufmerksamkeit der Gelehrtenwelt ihm seither verblieben ist. Sein Buch über Job vergrößerte seinen Ruf, wogegen der Versuch, in dem hohen Liebes Salomonis eine dramatische Form zu finden, als verunglückt angesehen werden kann. Jedenfalls konnte die Regierung aber seine religiösen und philosophischen Grundsätze, als sie ihm den höchsten Lehrstuhl in Frankreich an die Stelle von Quatremere einräumte. Die kirchliche Partei irrte sich hierin auch nicht, als sie bei der Gröfnung des Kursus eine Gegenmanifestation veranstaltete. Aber einerseits muß man zugeben, daß Renan in seiner ersten Lektion alle Rücksicht hintansetzte, andererseits die ganz eigenhümlichen Verhältnisse erwägen, unter denen die Regierung sich zu einem so ernsten Schritte, wie dem der Suspension, veranlaßt sah. Je wünschenswerther es dem zweiten Kaiserreiche nämlich erscheint, den Papst auf seine weltliche Macht verzichten zu lassen, desto mehr muß sie dem katholischen Frankreich die Versicherung geben, daß sie nicht daran denkt, den Kultus selbst abzuschwächen. Sie hat so eben die Organisation einer der mächtigsten katholischen Gesellschaften, der von Vincenz da Paula, aufgelöst. Als man sie dieser Tage im Senate darüber zur Rede stellte, ließ sie in Bezug auf den katholischen Kultus an sich, ihre konservativen Grundsätze durch den Minister Villault auf das Lebhafteste vertheidigen. Was konnte sie den Katholiken nun aber antworten, wenn diese ihr die Gröfnungsrede des so eben von ihr ernannten Professors Renan vorhielten? Die speziell inkriminirte Stelle in dieser Rede ist folgende: „Ein unergleichlicher Mensch, so groß, daß, obgleich hier Alles aus dem Gesichtspunkte der positiven Wissenschaft beurtheilt werden soll, ich denjenigen nicht widersprechen will, welche ihn, von dem ausnahmsweisen Charakter seines Werkes betroffen, Gott nennen, brachte eine Reform des Judaismus zu Stande, eine so tiefe und so individuelle Reform, daß es in Wahrheit eine neue Schöpfung war. Jesus begründete die vorige Religion der Humanität, die Religion des Geistes, von jedem Priesterthum, von jeder Kultur, von jeder Observanz befreit, allen Völkern zugänglich, allen Kasten überlegen, mit einem Worte absolut. Weib, es kommt die Zeit, daß ihr wieder auf diesem Berge noch in Jerusalem werdet anbeten, aber die wahrhaftigen Anbeten werden anbeten im Geist und in der Wahrheit.“ (A. P. 3.)

Paris, 1. März. [Aus dem Senat.] In der gestrigen Senats Sitzung, in welcher die römische Frage verhandelt wurde, ergriff, nachdem Donjean und de Gabriac den auf Italien bezüglichen Paragrphen der Adresse bekämpft hatten, Lagueronniere das Wort. Er gab einen geschichtlichen Ueberblick über die verschiedenen Phasen, welche die italienische Frage durchgemacht habe, und stellte die Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes als eine Nothwendigkeit dar. Ihm zufolge ward Neapel mehr erobert, als einverleibt, und die früher bloß nationale Bewegung artete in eine revolutionäre aus. Der Redner drückte seine Sympathien für Venedig aus, meinte jedoch, die Befreiung Venedigs von der österreichischen Herrschaft müsse später das Ergebnis eines ehrenhaften Abkommens, nicht aber eines Krieges sein. Jeden Gedanken an die Räumung Roms wies er von sich und behauptete, Frankreich müsse in dieser Hinsicht gegen Italien in die Schranken treten. Die französischen Truppen müßten in Rom bleiben, bis die Gewalt der Thatfachen ein den Anforderungen der Billigkeit entsprechendes Abkommen zwischen dem König von Italien und dem Papste herbeigeführt habe. Wäre Graf Cavour nicht todt, so würde dies Ergebnis vielleicht schon jetzt erzielt sein. — Am nächsten Donnerstag findet im gesetzgebenden Körper die Diskussion über das den General Montauban betrefende de Projekt statt.

[Tagesnotizen.] Die „France centrale“ hat heute wegen Veröffentlichung falscher, auf Erregung von Haß und Verachtung gegen die Regierung abzielender Nachrichten eine Verwarnung erhalten. — Die Vorlesungen, welche Eug. Pelletan über Malerei und Literatur der Renaissance-Periode in der Rue de la Paine hielt, sind verboten worden. — Den beiden Redakteuren der „Union“, Laurentie und Mac-Shee, soll wegen ihres vorgerückten Alters die gegen sie erkannte Gefängnisstrafe nachgelassen werden. — Die jungen Leute, welche im Quartier Latin arretirt wurden, sind bereits von dem Untersuchungsrichter verhört worden, welcher für die meisten derselben die Fortdauer der Haft angeordnet hat. — Der Kaiser geht diesen Abend auf den Ball des Grafen Morny, auf dem auch die meisten Deputirten erscheinen werden. Graf Walewski erscheint nicht, als Revanche dafür, daß Graf Morny seinen kostumirten Ball nicht besucht hat. — Der Kriegsminister soll dem Kaiser seine Aufwartung gemacht und sich bei dieser Gelegenheit gegen die Dotation des Grafen v. Palifao ausgesprochen haben. — Der Plan, Gemüsegärten anzulegen, die vom Militär bebaut werden sollen, hat sich im Lager von Chalons so bewährt, daß der französische Kriegsminister beschlossen hat, dieses System in allen Garnisonsstädten Frankreichs einzuführen. Binnen Kurzem wird jeder Garnison eine ausgedehnte Bodenfläche zugewiesen werden, welche von den Truppen mit Gemüse zu bebauen sein wird, und man erwartet, daß in Folge dieses Systems die Truppen bessere Rationen erhalten werden, und daß die Kultur des Bodens denselben eine angenehme Erholung verschaffen werde. Diese Idee ist übrigens nicht neu, sondern den Römern entlehnt.

Paris, 2. März. [Telegr.] Wie der heutige „Moniteur“ meldet, hat das in Nantes erscheinende Blatt „L'Espérance du Peuple“ eine erste Verwarnung erhalten wegen einer Korrespondenz, von der gesagt wird, daß sie einen faktischen Geist athme und offenbar an Leidenschaften appellire, welche der bestehenden Ordnung der Dinge höchst feindselig seien. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Rom hat am vergangen Freitag dableibt eine neue Manifestation stattgefunden, bei welcher die französischen Truppen beruhigend eingewirkt haben.

Belgien.

Brüssel, 28. Febr. [Aus der Kammer.] In der heutigen Kammer Sitzung ist der Antrag Guillery's auf Erhöhung des Kredits für Volksschulen mit 31 gegen 51 Stimmen abgelehnt worden. Bemerkenswerth für die Parteilungung ist es, daß das

